Diktator Pilsudski aufzunehmen entschlossen sind. Sollte auch ein Teil der Oppositionsparteien, worüber sich in Polen niemand wundern wird, umfallen, so ist doch nicht zu übersehen, wie Polen auf diese Weise eine dauerhafte und großzügige Wirtschaftspolitik treiben kann.

Hat Amerika unseren Gläubigern keine Schulden erlassen?

Die Pariser Presse erörtert noch immer sehr ausführlich die mannigfachen von den bis jetzt noch uneinigen Reparationsgläubigern aufgestellten Forderungen, wobei die französischen Blätter den Standpunkt vertreten, daß Frankreich von seinen Forderungen nicht abgehen könne und es Sache der anderen Länder sei, ihre Forderungen zu ermäßigen. Aehnliches kann man auch in der Presse der übrigen Gläubigerländer lesen, jedes Land möchte bei den Abstrichen dem andern den Vortritt lassen. Dabei finden sich auch immer wieder Hinweise darauf, daß es in erster Linie Sache Amerikas sei, seine Forderungen herabzusetzen. Wenn hierbei immer wieder den Amerikanern der Vorwurf gemacht wird, daß sie von ihren Forderungen bisher nicht abgewichen seien, so trifft das jedoch nicht zu. Tatsächlich erreichten bei der Schuldenregelung England einen 18prozentigen Nachlaß, Frankreich einen 50prozentigen, Belgien einen 46prozentigen und Italien sogar einen 74prozentigen Nachlaß.

Wieder Abrüstungskonferenz

Die amerikanische Delegation hat sich bereits in Neuyork eingeschifft, um rechtzeitig an den Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf teilnehmen zu können, die am 15. April beginnen. Sie besteht aus dem Botschafter Hugh Gibson, Admiral Hilary Jones und Korvettenkapitän Train. Die Abreise der Amerikaner erfolgte so spät, weil die Delegation sich vorher mit dem neuen Staatssekretär Stimson aussprechen wollte, der erst vor wenigen Tagen von den Philippinen her in Washington eintraf.

Der neue Staatssekretär gab vor der Presse eine Erklärung ab, die kurzweg besagte, daß er die amerikanische Politik in der Abrüstungsfrage, wie sie von seinem Vorgänger Kellogg verfolgt wurde, geradlinig fortzusetzen gedenkt. Es verdient jedoch besondere Beachtung, daß Staatssekretär Stimson der Presse mitteilen zu sollen glaubte, der von Kellogg gemachte Gegenvorschlag auf das englisch-französische Marineabkommen wäre von Paris und London immer noch nicht beantwortet worden. Washington hält an diesem Gegenvorschlag auch heute noch fest.

Die deutsche Delegation für den vorbereitenden Abrüstungsausschuß besteht aus Graf Bernstorff, Geheimrat von Weizsäcker, Geheimrat Frowein, Vizeadmiral von Freyberg und Oberst von Bötticher. Sie wird Berlin erst am 12. April verlassen.

Merkwürdigerweise verlautet jetzt noch nichts bestimmtes über die Tagesordnung der bevorstehenden Ausschußsitzung. Wohl ist der Norweger Colban, der Leiter der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes in den letzten Monaten wiederholt in Paris, London, Rom und Prag gewesen, es hat aber nicht den Anschein, daß er dort großen Erfolg erzielte. In Berlin befürchtet man, daß vielleicht nicht einmal die zweite Lesung des Rüstungsabkommens vorgenommen wird. Auf der letzten Septembertagung des Völkerbundes hat Reichskanzler Müller die deutsche Auffassung mit aller nur wünschenswerten Klarheit zum Vortrag gebracht. Auch Dr. Stresemann hat in Lugano so wenig wie vorher in Genf keinen Zweifel über die deutsche Einstellung und unsere berechtigten Forderungen gelassen. Ebenso hat Graf Bernstorff im vorbereitenden Ausschuß die deutschen Wünsche mit solchem Nachdruck vorgetragen, daß er selbst bei den Deutschnationalen Anerkennung und Dank erntete.

Man ist in Berlin aber recht pessimistisch. Wie sich aus den Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs Stimson ergibt, sind sich die großen Seemächte in den letzten Monaten nicht näher gekommen. Die Abrüstung zu Lande scheitert an dem Widerspruch und an den Intrigen der Franzosen. Vor den Wahlen spricht und schreibt man jetzt in England wohl viel über den nächsten Krieg und „Daily News" bringen seit 14 Tagen täglich wenigstens einen Leitartikel zu diesem Thema. Praktische Vorschläge in Genf, die das Abrüstungsproblem der Lösung näherbringen, haben bisher jedoch nur die Delegationen des Deutschen Reiches und Sowjetrußlands gemacht. Wir sind gespannt darauf, wie die neuen Anregungen unserer Vertreter und wie die Gegenvorschläge der Russen in der nächsten Woche in Genf aufgenommen werden.

Neue Feme-Prozesse

Die Ermittelung des Feldwebels Fahlbusch

Anläßlich einer im Rechtsausschuß des preußischen Landtages erfolgten Mitteilung, daß sich der ehemalige Feldwebel Fahlbusch auf dem Wege nach Deutschland befinde, nachdem die Vereinigten Staaten seiner Auslieferung wegen siebenfacher Mordbeteiligung stattgegeben haben, glaubt eine Berliner Korrespondenz die Wiederaufnahme aller Fememordprozesse voraussagen zu können. Sie erinnert daran, daß Fahlbusch vorgeworfen wird, daß er in der Femeküllen Sand, Wilms, Gädicke, Gröschke, Brauer und Rein die entscheidende Rolle gespielt hat. Fahlbusch ist während der Landsberger Prozesse von Klapdroth und einigen Zeugen auf das schwerste belastet worden. Weiter wird Fahlbusch beschuldigt, seinen Mithelfer, den ehemaligen Feldwebel Büsching, ermordet zu haben. Fahlbusch ist, wie feststeht, mit Büsching zusammen von einem italienischen Hafen aus zunächst nach Südamerika geflüchtet. Unterwegs ist Büsching eines Nachts aus dem Schiff verschwunden, ohne daß sich damals feststellen ließ, ob der Vermißte einem Unglücksfall oder einem Gewaltakte zum Opfer gefallen ist. Die Ermittelungen der deutschen Behörden werden sich, wie die Korrespondenz meint, auch auf diese rätselhafte Tat ausdehnen, und man wird durch Heranziehung des Logbuches des Dampfers und der italienischen Besatzung versuchen, hier Klarheit zu schaffen.

Präsident und Portier Hoover

Mit dem Einzug des neuen Herrn, des Präsidenten Hoover, in das Weiße Haus hat sich ein seltsames Mißverständnis ergeben. Der langjährige Portier des Präsidentschaftspalastes in Washington heißt nämlich gleichfalls Hoover. Dieser Mann hat die Angewohnheit, auf telephonische Anrufe sich stets mit „Hier Hoover vom Weißen Hause" zu melden. Man kann sich leicht vorstellen, zu welchen Mißverständnissen diese Namensvetternschaft bereits geführt hat. Es heißt, daß der Portier Hoover seines Namens wegen pensioniert werden soll.

König Boris bei Stresemann

König Boris von Bulgarien hat gestern vormittag den Besuch des Reichsaußenministers Dr. Stresemann erwidert.

Neuer Haftbefehl gegen den Rundfunkentführer Dr. Frank

Dr. Karl Frank, der gegenwärtig im Gefängnis vier Monate Gefängnis wegen Nötigung und Entführung des Redakteurs Schwartz verbüßt, hat im Gefängnis einen neuen Haftbefehl zugestellt bekommen, da er vor dem Rundfunkattentat im Berliner Viehhof unter falschem Namen gearbeitet hat. Dr. Frank, der als Fleischträger soziale Studien machen wollte, hatte eine Steuererklärung und eine Karte der Ortskrankenkasse mit dem Namen „Karl Suckow" als Personalausweis benutzt. Da er Ausländer ist, nahm die Staatsanwaltschaft Fluchtverdacht an und erließ Haftbefehl.

Deutschland und der Weltfunkvertrag

Dem Reichstag ist der Weltfunkvertrag, der das Ergebnis der Washingtoner Weltfunkkonferenz vom Herbst 1927 ist, nunmehr vom Reichspostminister zugeleitet worden. Der neue Vertrag baut sich auf dem bisher schon bestehenden Funkvertrag (London 1912) auf, ist aber entsprechend der Entwicklung des Funkwesens und der Entstehung neuer Funkdienste in der Zwischenzeit auf eine breitere Grundlage gestellt. So ist u. a. neu eingeführt eine Bestimmung, welche die Regierungen verpflichtet zu unterdrücken: das unbefugte Aussenden und Aufnehmen von Funknachrichten privater Natur, die Verbreitung des Inhalts aufgefangener Funknachrichten oder selbst der Tatsache, daß solche Nachrichten vorhanden sind, ferner die unbefugte Veröffentlichung oder Verwertung aufgefangener Funknachrichten und schließlich das Aussenden oder Verbreiten falscher oder betrügerischer Notzeichen oder Notanrufe. Für Deutschland sind die erforderlichen Vorschriften bereits im Gesetz über Fernmeldeanlagen enthalten.

Schiedsspruch für das westdeutsche Baugewerbe

Nach langen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen geführt worden sind, wurde für das Baugewerbe Westdeutschlands ein Schiedsspruch gefällt, der vom 11. April 1929 ab den Spitzenlohn für Maurer auf 1,30 Mark und den Tiefbauarbeiterlohn auf 81 Pfennig festsetzt. Zugleich wurde ein Schiedsspruch, der den Bezirkstarifvertrag betrifft, gefällt. Er erstreckt sich auf den Geltungsbereich der Lohnklasseneinteilung, auf die Lehrlingsvergütung usw. Beide Sprüche sind endgültig bindend.

Der deutsche Kohlenmarkt

Im Reichskohlenrat wurde gestern zum 1. Vorsitzenden Bergwerksdirektor von Bellen wiedergewählt. Auch der übrige Vorstand (Imbusch, Husemann, Silberberg) wurde wiedergewählt. Sodann gab der Geschäftsführer Berghauptmann Bennhold den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Er stellte fest, daß sich die Lage für die Steinkohle im Berichtsjahr verschärft hat, während die Braunkohle Zeichen der Besserung zeige. Die Sorge um den deutschen Markt dürfe bei den Verhandlungen mit Polen nicht unterdrückt werden. Die schlesische Kohle habe im abgelaufenen Winter unter der Unzuverlässigkeit des Oderwasserweges zu leiden gehabt. Der Absatz der Ruhrkohle sei in den letzten neun Monaten des Jahre 1928 unter den Absatz des Jahres 1927 gesunken. Im Ruhrrevier seien 28 selbständige Schachtanlagen Opfer der Kohlenkrise geworden. Die Kopfzahl der Zechenbelegung im Ruhrbergbau sei von rund 443 000 im Jahre 1924 auf rund 359 000 im Jahre 1928 und weiter auf rund 343 000 zurückgegangen. Erfreulich sei die Abnahme der Unfälle. Die Kokserstellung sei durch den Bau neuer Koksöfen erheblich gesteigert worden, was auch zur Steigerung der deutschen Koksausfuhr, allerdings zum großen Teil auf Reparationskonto, geführt habe. Die Braunkohle habe ihren Konkurrenten, die Steinkohle, im Berichtsjahre zum ersten Mal mit mehr als fünf Millionen Tonnen überflügelt.

Der Vorsitzende führte aus, der Steinkohlenbergbau sei im abgelaufenen Jahre befriedigend beschäftigt gewesen. Der Erfolg sei aber ausgeblieben. Immer noch mache sich die Konkurrenz der englischen Kohle auf dem Weltmarkt geltend. Die Frage des Preises werde schließlich nur noch international geregelt werden können.

Aus Stadt und Land

Aue, 11. April 1929

Wetterbericht

Für das mittlere Norddeutschland.

Wollig bis heiter und vorwiegend trocken, nachts Fröste. Am Tage ziemlich kühl. Oestliche bis nordöstliche Winde.

Für das übrige Deutschland.

Im Alpenvorland stärker bewölkt mit leichten Niederschlägen, sonst vielfach heiter mit zahlreichen Nachtfrösten.

Der Winter im Erzgebirge

Noch immer herrscht im oberen Erzgebirge von etwa 600 Meter Höhe an Nachtfrost und zeitweiser Schneefall. Am vergangenen Sonntag waren die Schneeverwehungen auf den Staatsstraßen nach Wiesenthal und Bärenstein derart, daß verschiedene Automobile und Motorräder im Schnee stecken blieben und die Fahrer sich gegenseitig mit Spaten aus dem meterhohen Pulverschnee ausschaufeln mußten.

Handwerk hat goldenen Boden,

heißt das alte und immer wahr gebliebene Sprichwort. Wenn man das Meisterstück ansieht, das soeben der Sohn Erich des Konditormeisters und Cafehausbesitzers Willy Temper anläßlich seiner Meisterprüfung als Konditor fertiggestellt hat, so hat Handwerk auch einen süßen Boden. Und süß ist auch nicht schlecht. Golden und süß, in Anwendung auf das Meisterstück besser „goldig" und „süß", ist die Arbeit, und beim näheren Hinsehen ist das aber gar kein Hand- sondern Kunstwerk. Handwerkskunst im besten Sinne. Ein Tablett mit feinverziertem Rand und einem glänzend — mit Schokolade — gemalten Kopfbild, ein Rosenstrauß wie vom Strauch geschnitten, eine Vase in Form und Ausführung höchst geschmackvoll, ein Spankorb mit Füllung, ganz köstlich gearbeitet, kleines Gebäck, das alles aus Marzipan und ein aus dünnen Teigblättern geformter Tafelaufsatz ringen dem Beschauer Bewunderung ab. Kein Wunder aber ist's, wenn bei solcher Leistung Herr Temper jun. heute seine Prüfung als Meister in Zwickau vor der Gewerbekammer und Obermeister Wächtler vorzüglich bestand.

25jähriges Amtsjubiläum.

Lehrer Otto Möller, Dürerschule, feierte sein 25jähriges Amtsjubiläum und wurde aus diesem Anlasse durch zahlreiche Glückwünsche und Geschenke geehrt. Der Jubilar, der das Schneeberger Seminar besuchte, ist seit 22 Jahren in Aue tätig und war vorher Lehrer in Beierfeld.

25jähriges Arbeitsjubiläum

Der Feilenhauermeister Gustav Pausch beging am vergangenen Sonnabend sein 25jähriges Arbeitsjubiläum bei der durch seine Eltern gegründeten Feilenhauerei, der jetzigen Firma Hedwig Pauschs Wwe., Aue, Wettinerstraße 40. Er wurde von seinen Mitarbeitern beschenkt und beglückwünscht.

Kosa, ein neues Schokoladengeschäft.

Am Freitag eröffnet die Kosa-A.-G. in der Wettinerstraße Nr. 18 ein neues Schokoladengeschäft. Alles Nähere sagt der unserer heutigen Ausgabe beiliegende Prospekt.

Die Wohlfahrts-Postwertzeichen mit Länderwappen

Die am 15. November 1928 ausgegebenen Wohlfahrts-Postwertzeichen mit Länderwappen verlieren Ende April ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen. Nicht verbrauchte Postwertzeichen werden nicht umgetauscht.

Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei

Wie verlautet, wird die Deutsche Volkspartei gleichlautende Wahlvorschläge für alle drei Wahlkreise aufstellen. Für den Wahlkreis Dresden—Bautzen werden Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden, für Leipzig Volksbildungsminister Dr. Bünger und für Chemnitz-Zwickau Verbandsgeschäftsführer Voigt als Spitzenkandidaten genannt.

Die Wirtschaftspartei wird im Wahlkreise Ostsachsen wieder den Abg. Kaiser als Spitzenkandidaten aufstellen. An zweiter Stelle dürfte ein Vertreter aus einem anderen Teile des Wahlkreises stehen, während an dritter Stelle wieder der frühere Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm aufgestellt wird. Die bisherigen Abgeordneten Dr. Dumjahn und Großmann werden, wie verlautet, nicht mehr kandidieren, ebenso gilt die Kandidatur des Finanzministers Weber noch als umstritten.

Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau dürften voraussichtlich die bisherigen Abgeordneten Hentschel und Enterlein als Spitzenkandidaten aufgestellt werden.

Bedingte Markeinlagen-Aufwertung der böhmischen Grenzsparkassen

Seit 1926, als die Regierung durch Erlaß den böhmischen Grenzsparkassen die Valorisierung ihrer Markeinlagen untersagt hatte, ist die Deutsche Reichsregierung wiederholt in Prag vorstellig geworden und hat Aufhebung dieses Erlasses verlangt. Die letzten Noten aus Berlin scheinen nun zu einem gewissen Erfolg geführt zu haben. Nach zuverlässigen Informationen ist das Prager Innen- mit dem Außenministerium übereingekommen, die Angelegenheit von neuem zu studieren und den Forderungen der Markeinleger tunlichst entgegenzukommen. Allerdings planen die amtlichen Stellen in Prag keine allgemeine Bewilligung der Aufwertung der Markeinlagen, vielmehr soll bloß jenen Sparkassen, die Markguthaben in Deutschland haben, gestattet werden, aus dem Erlös ihrer valorisierten Guthaben die Markeinleger zu entschädigen. Die Erhebungen der Ministerien haben eingesetzt. Vor allem handelt es sich darum, die Grenze der Einlagenhöhe festzustellen, welche für eine Valorisierung in Betracht kommt. Bis zum Kriege betrug der Gesamtbestand an Markeinlagen 27 Millionen, erst später zur Inflationszeit sind diese Guthaben stark angewachsen. Da die Valorisierung in Deutschland im Jahre 1932 in Kraft tritt, so müßten auch die Markeinleger bei böhmischen Sparkassen bis zu diesem Termin auf eine Entschädigung warten.

Verschärfung der Lage im Lohnkampf der Eisenbahnarbeiter

Von der Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschland wird u. a. mitgeteilt: „Die äußerst gespannte Lage in Sachsen, die auch im Bezirk Halle besteht, hat es notwendig erscheinen lassen, für Donnerstag, den 11. April erneut den Bezirksvorstand und die Geschäftsführer der großen Ortsgruppen Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, Reichenbach i. V., Riesa, Plauenscher Grund, Bischofswerda, Zittau und Wurzen zu einer dringenden Sitzung, in der entscheidende Beschlüsse zu fassen sind, einzuladen. Das gehässige Geschrei der Kommunisten wird uns auf keinen Fall beirren können. Die Reichsbahn mag sich aber gesagt sein lassen, daß die Situation äußerst ernst ist und im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens weitere unnötige Verzögerungen unbedingt ausgeschaltet werden müssen. Jeder Kenner der Verhältnisse ist auch davon unterrichtet, daß der komplizierte Rangierbetrieb nur mit gut eingerichteten Leuten sichergestellt werden kann. Deshalb kann auch keine Drohung mit der Personalbetriebshilfe zur Verständigung führen, sondern nur eine vernünftige Einstellung der Verantwortlichen der Reichsbahn."

Die Lohnstreitigkeiten in der sächsischen Metallindustrie

Am Dienstag hat die große Tarifkommission zu den am 5. und 6. d. Mts. in Berlin geführten Verhandlungen über die Lohnstreitigkeiten der sächsischen Metallindustrie Stellung genommen. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, den Mitgliedern die Annahme des bei den Berliner Verhandlungen getroffenen Abkommens zu empfehlen. Die Entscheidung hierüber wird in den nächsten Tagen in Mitglieder- und Vertreterversammlungen fallen.

Staatsminister Dr. von Beck 75 Jahre alt

Der frühere Kultusminister Dr. Heinrich Gustav von Beck begeht heute die Feier seines 75. Geburtstages. Er war während des Krieges Vorsitzender des Gesamtministeriums und wurde 1918 von König Friedrich August in den erblichen Adelstand erhoben. Dr. von Beck ist Ehrenvorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Technischen Hochschule Dresden und seit 1923 Dechant des Hochstiftes Meißen.